

Hören wir Kinder zu.

**Alternativbericht 2021 zur
Umsetzung der UN-Konvention
über die Rechte des Kindes
in der Schweiz**

Ergänzender Bericht zum 5./6. Staatenbericht der Schweiz

Impressum

Der Alternativbericht zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes in der Schweiz wurde von Désirée Zaugg und Sybille Gloor (Child Rights Advocacy, UNICEF Schweiz und Liechtenstein), mit der Unterstützung des Teams, insbesondere Anja Bernet (Teamleiterin Kindgerechte Gemeinde- und Stadtentwicklung) und Nicole Hinder (Bereichsleiterin Child Rights Advocacy), verfasst.

Wissenschaftliche Partnerinnen und Partner waren Bettina Brüscheiler, Mandy Falkenreck und Tobias Kindler vom Institut für Soziale Arbeit und Räume (IFSAR) der OST – Ostschweizer Fachhochschule.

Originalsprache: Deutsch
Übersetzt: Englisch

Konzept und Gestaltung: Büro Haeberli, Zürich
Lektorat: Andrea Kippe
Druck: DAZ, Zürich

Publiziert: Zürich, Februar 2021 – UNICEF Schweiz und Liechtenstein
© Komitee für UNICEF Schweiz und Liechtenstein

Komitee für UNICEF Schweiz und Liechtenstein
Pfungstweidstrasse 10, 8005 Zürich

+41 44 317 22 66
info@unicef.ch

Vorwort

Mit diesem Bericht bekommen die Kinder¹ in der Schweiz im Staatenberichtsverfahren eine eigene Stimme. Er hat zum Ziel, ihnen auf höchster Ebene in der Politik Gehör zu verschaffen und aufzuzeigen, wie es aus der Perspektive der Kinder um die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes in der Schweiz steht.

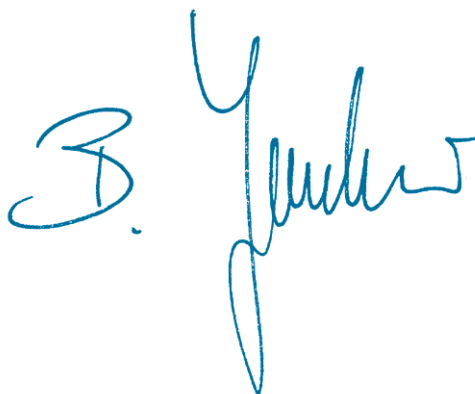
Der Alternativbericht des Komitees für UNICEF Schweiz und Liechtenstein entstand in Zusammenarbeit mit dem Institut für Soziale Arbeit und Räume (IFSAR) der OST – Ostschweizer Fachhochschule. Er basiert auf den Ergebnissen eines gemeinsamen Forschungsprojekts. Der Bericht enthält hochaktuelle Daten, die mittels einer Umfrage bei 1428 in der Schweiz lebenden Kindern erhoben wurden. Durch ihre Teilnahme an der Umfrage gewährten die Kinder Einblick in ihre Lebensrealität.

Dieser Alternativbericht ist als Ergänzung zum Bericht des Netzwerks Kinderrechte Schweiz zu verstehen, bei dem sich UNICEF Schweiz und Liechtenstein ebenfalls eingebracht hat und der umfassend auf die «List of Issues» im Rahmen des Staatenberichtsverfahrens antwortet. Ebenso hebt er sich durch die Methodik vom Kinder- und Jugendreport des Netzwerks Kinderrechte Schweiz ab. Für den vorliegenden Bericht wurden schweizweit Kinder mittels eines Online-Fragebogens konsultiert. Sie konnten über ihre Lebenswelten berichten, Schwierigkeiten aufzeigen und Veränderungswünsche einbringen. Daraus hat UNICEF Schweiz und Liechtenstein ihre Empfehlungen an den UN-Kinderrechtsausschuss abgeleitet. Für ein umfassendes Bild empfehlen wir, auch die ergänzenden Berichte des Netzwerks Kinderrechte Schweiz heranzuziehen. Aufgrund der gewählten Vorgehensweise nimmt der vorliegende Alternativbericht nicht zu allen in der «List of Issues» festgehaltenen Fragen und Themen des Kinderrechtsausschusses Stellung, sondern setzt spezifische Schwerpunkte. Die Kapitel verlaufen jedoch entlang der vorgegebenen Nummerierung der «List of Issues» sowie des Staatenberichts, sodass der Bezug jeweils klar ersichtlich ist.

Der Kinderrechtsausschuss fordert UNICEF auf, auch Kinder in marginalisierten und vulnerablen Situationen am Staatenberichtsverfahren teilhaben zu lassen. Es freut uns daher sehr, dass mit der Umfrage auch solche Kinder erreicht wurden. Ausserdem wurden neben der Umfrage zwölf Interviews mit armutsbetroffenen Kindern geführt. So hatten vulnerable Kinder die Möglichkeit, detailliert aus ihren Lebenswelten zu berichten. Diese Ergebnisse flossen in Form von Textpassagen in den Alternativbericht ein. Die besondere Berücksichtigung dieser Gruppe war dank der grosszügigen Unterstützung von Caritas Schweiz möglich, die den Kontakt mit diesen Familien herstellte. Herzlichen Dank.

Wir möchten die Gelegenheit nutzen, uns an dieser Stelle auch bei allen Familien, Betreuungs- und Lehrpersonen ganz herzlich für die Unterstützung zu bedanken; insbesondere aber gilt unser Dank allen Kindern, die diesen Bericht erst möglich gemacht haben.

Wir hoffen, ihre Anliegen auf diesem Weg zielführend an den Kinderrechtsausschuss und so an die Politik herantragen zu können. Die Stimme der Kinder ist wichtig: ihre Meinung sagen zu dürfen und gehört zu werden, ist ihr Recht.



Bettina Junker, Geschäftsführerin
UNICEF Schweiz und Liechtenstein

Inhalt

Vorwort	3	Gewalt gegen Kinder	16
Inhalt und Methodik	6	Lebensstandard	20
Nicht-Diskriminierung	8	Allgemeines Wohlergehen	24
Achtung vor der Meinung des Kindes	12	Annex	30

Inhalt und Methodik

Basis der hier aufgeführten Statistiken ist die Studie «Kinderrechte in der Schweiz und Liechtenstein – aus Kindersicht», die 2019/2020 von UNICEF Schweiz und Liechtenstein gemeinsam mit dem Institut für Soziale Arbeit und Räume (IFSAR) der OST – Ostschweizer Fachhochschule erstellt wurde. Die Studie hatte zum Ziel, zu erfahren, wie es aus der Perspektive der Kinder um die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes in der Schweiz und Liechtenstein steht. Um ein möglichst breites und umfassendes Bild darüber zu erhalten, wurden die vier Grundprinzipien Nicht-Diskriminierung, das übergeordnete Kindesinteresse, das Recht auf (Über-)Leben und gesunde Entwicklung sowie das Recht auf Partizipation ins Zentrum der Befragung gestellt. Aufgrund der gewählten Indikatoren bestand zudem die Möglichkeit, wichtige Informationen über weitere Rechte wie gewaltfreies Aufwachsen und materielles Wohlergehen zu sammeln. Kinder im Alter zwischen neun und siebzehn Jahren aus der Schweiz und Liechtenstein wurden eingeladen, über ihre Situation entlang der Lebensbereiche Familie, Schule, Freizeit, Wohnort und digitale Medien Auskunft zu geben. Dabei standen Fragen zu Diskriminierungserfahrungen sowie zu den Themen Wohlfühlen, Sicherheit und Partizipation im Vordergrund. Der Fragebogen stand vom 20. November 2019 bis 1. Juni 2020 online zum Ausfüllen bereit. Er war kindgerecht formuliert und gestaltet, sodass ihn die Zielgruppe eigenständig ausfüllen konnte. Die Ergebnisse zeigten, dass der Bericht zentrale Erkenntnisse zu folgenden Themenbereichen der «List of Issues prior to Report (LoIPR)» liefern kann: Nicht-Diskriminierung, Achtung vor der Meinung des Kindes, Gewalt gegen Kinder, Lebensstandard und allgemeines Wohlergehen. Der Bericht ist daher in entsprechende Kapitel gegliedert. Die Frage nach dem Wohlergehen der Kinder in der Schweiz wurde in der «List of Issues» als Lücke ausgemacht. Aus diesem Grund besteht das letzte Kapitel unabhängig von der Liste. Ebenfalls unabhängig davon sind die von den Kindern formulierten Bedürfnisse, Anliegen und Forderungen in den Bericht aufgenommen worden.

Die Stichprobenziehung erfolgte nicht zufallsbasiert. Das bedeutet, dass einige Kinder mit höherer, andere mit geringerer Wahrscheinlichkeit eine Einladung zur Teilnahme an der Umfrage erhielten. Die Verteilung und Bewerbung des Fragebogens erfolgten über diverse Fachverbände und Netzwerke im Bereich Kindheit und Jugend sowie über Schulen. Die erhobenen Daten wurden vollständig

anonymisiert und mit deskriptiven Methoden der quantitativen Sozialforschung ausgewertet. Die offenen Antworten wurden inhaltsanalytisch ausgewertet.

An der Online-Befragung nahmen insgesamt 1826 Personen teil. Davon wurden im Rahmen der Datenbereinigung 111 Teilnehmende nicht aufgenommen. Sie entsprachen entweder nicht der fokussierten Altersgruppe, waren nicht in der Schweiz oder in Liechtenstein wohnhaft oder gaben wiederholt unplausible Antworten. Für den vorliegenden Alternativbericht wurden die Antworten von 287 Kindern aus dem Fürstentum Liechtenstein nicht aufgenommen, sodass sich die dargestellten Ergebnisse ausschliesslich auf die Antworten von 1428 Kindern aus der Schweiz stützen. Davon haben 1246 (87 Prozent) den Fragebogen in deutscher, 69 (5 Prozent) in französischer und 113 (8 Prozent) in italienischer Sprache ausgefüllt. Damit ist der deutschsprachige Raum der Schweiz über- und der französischsprachige Raum unterrepräsentiert. Die italienische Sprachregion ist in einem ausgeglichenen Verhältnis zum Bevölkerungsanteil vertreten. 56,8 Prozent der Befragten gaben als Geschlecht «weiblich», 43 Prozent «männlich» und 0,2 Prozent «divers» an. 21 Prozent der Teilnehmenden sind zwischen neun und elf Jahren alt, 52 Prozent sind zwölf bis vierzehn Jahre alt und 27 Prozent sind zwischen fünfzehn und siebzehn Jahren alt. 83 Prozent der Befragten gehören der Schweizer Nationalität an.

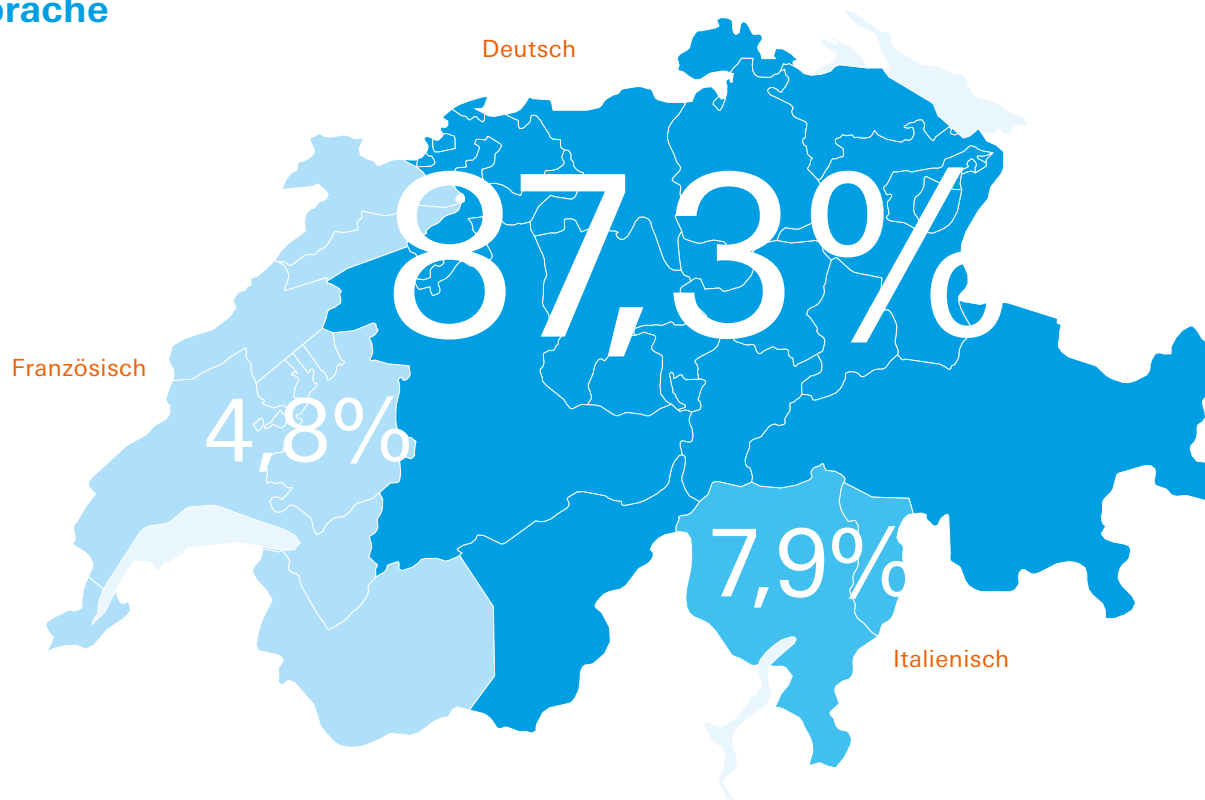
Zusätzlich zur Online-Befragung wurden zwölf Leitfadeninterviews geführt mit Kindern, deren Familien von materieller Armut betroffen sind. Die zwölf Kinder wurden gebeten, entlang der Bereiche Familie, Wohnort, Schule und Freizeit vertieft über ihre Lebenssituation zu berichten. Auch Bedürfnisse und Anliegen, insbesondere an die Politik, wurden erfragt. Diese Vorgehensweise ermöglichte, Aussagen einer besonders vulnerablen Gruppe in den Bericht aufzunehmen und ihrer Stimme ein besonderes Gewicht zu geben. Die zwölf interviewten Kinder kommen aus acht verschiedenen in der Deutschschweiz lebenden Familien und sind zwischen sieben und fünfzehn Jahren alt.



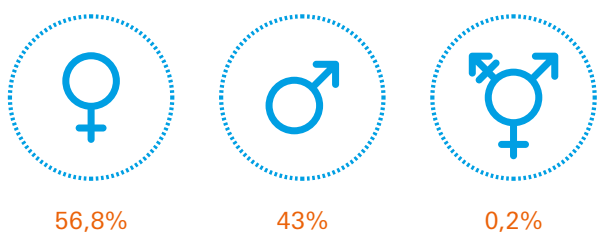
Ihre Aussagen sind in Form von Interview-Ausschnitten in diesen Bericht integriert und jeweils mit nebenstehendem Icon gekennzeichnet. (B = Befragtes Kind, I = Interviewerin)

Stichprobe N=1428

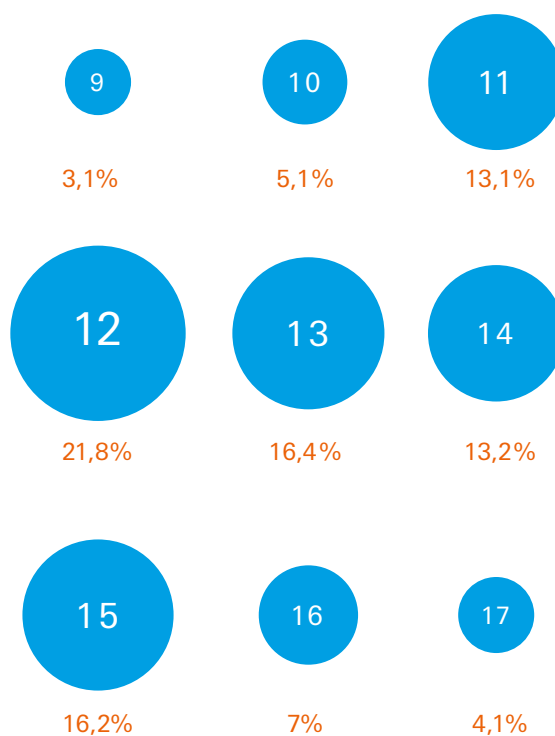
Sprache



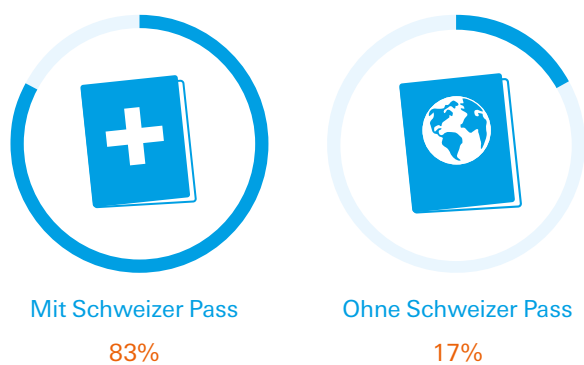
Geschlecht



Alter



Nationalität



«Die
Diskriminierung
muss
aufhören.»

Kind, 13, Kanton Genf

Nicht-Diskriminierung

→ Staatenbericht: Paragraph 10

Dieses Kapitel zeigt auf, in welchem Ausmass und aus welchen Gründen Kinder in der Schweiz aus ihrer Sicht Diskriminierung erfahren. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf armutsbetroffenen Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund. Die Ergebnisse weisen auf eine besonders hohe Vulnerabilität dieser Kinder hin. Zudem wird die erhöhte Korrelation zwischen Diskriminierungs- und Mobbing Erfahrungen näher beleuchtet.

Diskriminierung allgemein

Viele Kinder in der Schweiz machen Diskriminierungserfahrung. Die Umfrageergebnisse zeigen ein deutliches Bild: Mit 43 Prozent erlebt beinahe jedes zweite Kind diskriminierende Ungleichbehandlungen aufgrund von Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund, Religionszugehörigkeit oder anderen Merkmalen.

Dabei sticht mit 22,4 Prozent insbesondere die Erfahrung der Kinder heraus, wegen ihres Aussehens schlecht behandelt worden zu sein. Das Ergebnis ist so deutlich, dass sich die Frage aufdrängt, wie hoch der Druck für Kinder in Bezug auf Äusserlichkeiten heutzutage ist. Wir wissen, dass ein positives Körperbild insbesondere bei Mädchen einen grossen Einfluss auf die Lebenszufriedenheit und das Wohlbefinden hat.² Kinder thematisieren in den Interviews und den offenen Antworten die Problematik mehrfach und sehr gezielt. So erzählt ein Kind während des Interviews:



B: «Also mir ist es passiert, einmal in der ersten Klasse. Sie haben mich ausgelacht, wegen meinen Haaren halt, weil sie ein bisschen länger sind. Nachher habe ich sie geschnitten, da haben sie mich noch mehr ausgelacht.»³

Aber auch Diskriminierung aufgrund des Alters oder Geschlechts ist unter den Kindern mit 7,5 respektive 7,1 Prozent relativ weit verbreitet. Das Alter ist zudem nicht nur ein Diskriminierungsgrund an sich. Je älter ein Kind ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass es in seinem Leben bereits eine diskriminierende Ungleichbehandlung erlebt hat: Während 36,1 Prozent der Neun- bis Elfjährigen Diskriminierungen erlebt haben, sind es bei den Zwölf- bis Vierzehnjährigen bereits 41,3 Prozent und bei den Fünfzehn- bis Siebzehnjährigen sogar 51,1 Prozent.

77 Kinder gaben an, aus anderen Gründen diskriminiert zu werden, wobei die Gründe vielfältig sind. Auch in den offenen Antworten wird häufig Bezug auf Äusserlichkeiten wie Körpergrösse oder Gewicht genommen. Zudem nannten die Kinder körperliche und psychische Beeinträchtigungen als Diskriminierungsgrund.

Drei Kinder nannten Diskriminierung aufgrund ihrer Hautfarbe explizit als Ursache, weshalb sie sich schlechter behandelt fühlen.

Mehr als jedes zehnte Kind (11,3 Prozent) erlebte eine Mehrfachdiskriminierung. Das heisst, es wurde wegen mehr als eines Merkmals diskriminiert. Ein signifikanter Zusammenhang besteht hierbei zwischen Aussehen und Geschlecht sowie Aussehen und Religion. Die höchste Wechselwirkung zeigt sich jedoch zwischen der Religionszugehörigkeit und einem Migrationshintergrund: Besonders häufig kommt die Kombination vor, dass ein Kind neben seiner Herkunft zusätzlich wegen seiner Religions-

« Angeben ist nicht cool. Blöde Aussagen machen, ist nicht witzig. Nur weil man zur Pause etwas zu essen mitgenommen hat, heisst es nicht, dass man fett ist. »

Kind, 12, Kanton St. Gallen

zugehörigkeit diskriminierende Erfahrungen machte. Dass Kinder mit Migrationshintergrund besonders vulnabel für diskriminierende Ungleichbehandlung sind, verdeutlicht nachfolgender Abschnitt.

Kinder mit Migrationshintergrund

Da der Migrationshintergrund in der Umfrage nicht explizit erhoben wurde, beziehen wir uns bei den folgenden Aussagen auf jene Kinder ohne Schweizer Pass. Hierbei zeigt sich, dass sich eins von vier Kindern ohne Schweizer Staatsangehörigkeit aufgrund seines Migrationshintergrundes schlecht behandelt fühlt. Interessant erscheint auch, dass von den 118 Kindern, die sich aufgrund ihrer Herkunft schlecht behandelt fühlen, die Hälfte über einen Schweizer Pass verfügt. Ein Schweizer Pass allein schützt also nicht vor herkunftsbedingten Diskriminierungen.

Dennoch sind Kinder ohne Schweizer Pass aber insgesamt signifikant häufiger Diskriminierungen ausgesetzt als Kinder mit Schweizer Pass. Während 40,7 Prozent der Kinder mit Schweizer Pass Diskriminierung erleben, liegt der Wert bei den Kindern ohne Schweizer Pass mit 54,2 Prozent deutlich darüber. Hier zeigt sich die erhöhte Vulnerabilität von Kindern mit Migrationshintergrund. Während eines Interviews erzählt ein Kind von folgendem Erlebnis:



B: «Ich kann doch nicht so gut Deutsch. Ich war in der ersten Klasse. Ich habe «klättere» gesagt, so ganz normal, anstatt «klettern».

Dann haben sie mich ausgelacht. Und gesagt: «Sie kann nicht Deutsch, sie kann nicht Deutsch.»»

Da Kinder ohne Schweizer Pass mit einer so deutlich höheren Wahrscheinlichkeit Diskriminierung erfahren, muss auch die Frage nach strukturell bedingten Ungleichheiten gestellt werden, die sich in den persönlichen Diskriminierungserfahrungen der Kinder niederschlagen.

Neben dem Migrationshintergrund spielt bei den Diskriminierungserfahrungen auch der sozioökonomische Status eine signifikante Rolle.

Armutsbetroffene Kinder

Die Ergebnisse der Umfrage veranschaulichen, dass die ökonomische Situation der Kinder sowohl im Fall von Armut als auch bei Wohlstand zu Ungleichbehandlungen führen kann.

Aus den Daten geht die Vulnerabilität jener Kinder, die von materieller Armut betroffen sind, besonders deutlich hervor. Unten stehende Grafik zeigt, dass je stärker ein Kind in materieller Hinsicht benachteiligt ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass es Diskriminierungserfahrungen macht. Mit 65,4 Prozent erleben stark armutsbetroffene Kinder beunruhigend häufig Diskriminierung. Zwei von drei Kindern, die stark armutsbetroffen sind, haben sich schon schlecht behandelt gefühlt. Hingegen gibt aus der Gruppe der Kinder, die nicht von Armut betroffen sind, nur jedes zweite Kind an (40,9 Prozent), Diskriminierungen erlebt zu haben.

Herkunft und Diskriminierungserfahrungen N = 1385



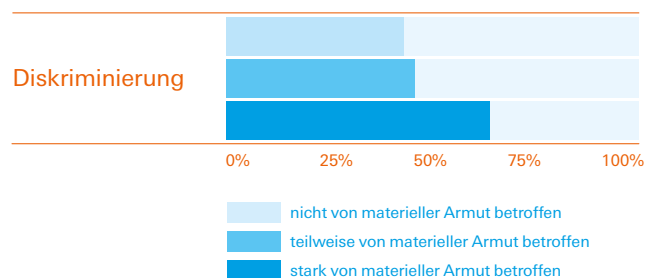
Mit Schweizer Pass

40,7%

Ohne Schweizer Pass

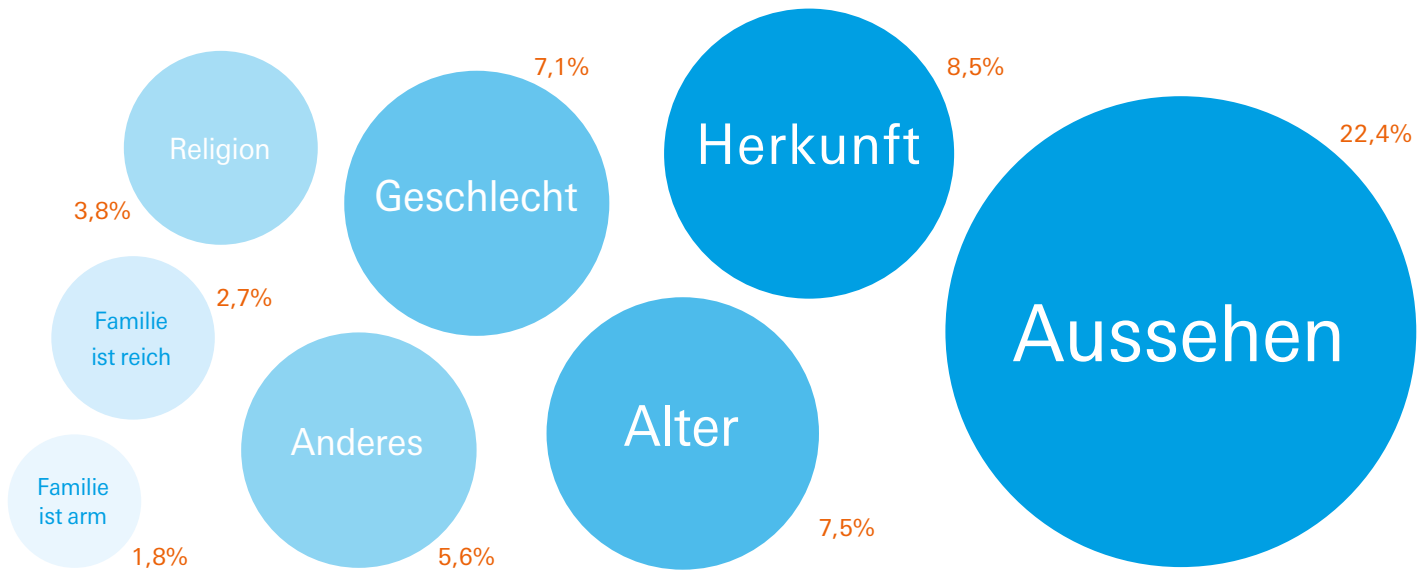
54,2%

Armut und Diskriminierungserfahrungen N = 1431



Jedes zweite Kind wurde schon einmal schlecht behandelt N = 1385

Gründe, weswegen sich Kinder schon mal schlecht behandelt gefühlt haben:



Mobbing

Bei individuellen Diskriminierungserfahrungen, die von anderen Kindern ausgehen, geht es häufig um Mobbing. Je öfter die befragten Kinder durchschnittlich bereits Diskriminierungen erfahren hatten, desto häufiger waren sie auch von Mobbing durch andere Schülerinnen und Schüler betroffen. Es kommt dabei grundsätzlich häufig zu Ausgrenzungen durch Mitschülerinnen und -schüler. Mit 58,2 Prozent (N = 1363) haben mehr als die Hälfte der Kinder diesbezüglich negative Erfahrungen gemacht (siehe Kapitel Gewalt gegen Kinder). Auch die PISA-Studie 2018, die 37 OECD-Länder und 42 Partnerländer miteinander vergleicht, hält fest, dass im Verhältnis zur Schweiz in keinem anderen Land mehr Kinder Mobbing Erfahrungen machen.⁴ Da Mobbing sich stark auf das Wohlbefinden auswirkt, das langfristige Knüpfen von sozialen Kontakten beeinflusst sowie die psychische und physische Gesundheit tangiert⁵, sind entsprechende Massnahmen besonders dringlich.

Bedeutung für die Schweiz

Die Ergebnisse verdeutlichen, wie weit verbreitet Diskriminierungserfahrungen unter Kindern in der Schweiz sind und wie komplex die Problematik ist. Es besteht auf ganz unterschiedlichen Ebenen Handlungsbedarf, wobei insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund sowie armutsbetroffene Kinder besser geschützt werden müssen. Da so viele Kinder diskriminierende Ungleichbehandlungen erleben und empfinden, bedarf die Umsetzung des Artikels 2 der Kinderrechtskonvention der Verbesserung. Dies ganz unabhängig davon, ob die Diskriminierungserfahrungen der Kinder strukturellen Gegebenheiten geschuldet sind oder andere Gründe haben. Obwohl in der Schweiz bereits wichtige Angebote vorhanden sind, stellt sich aufgrund der Ergebnisse die Frage nach deren Wirkung. Ein zentraler Schritt erscheint daher die Überprüfung der bestehenden Angebote.

Empfehlungen zu: Nicht-Diskriminierung

UNICEF Schweiz und Liechtenstein empfiehlt, die Schweiz in den abschliessenden Bemerkungen aufzufordern,

- die Beseitigung individueller wie auch struktureller Diskriminierung voranzutreiben. Dies insbesondere in Bezug auf Kinder mit Migrationshintergrund sowie armutsbetroffene Kinder,
- bestehende Massnahmen gegen Diskriminierung und Mobbing zu evaluieren und dabei auch die Perspektive der Kinder zu berücksichtigen,
- wirkungsvolle Angebote zu schaffen, indem neue oder wiederkehrende Massnahmen bedarfsgerecht geplant werden,
- präventive Massnahmen in der Schule zu verstärken – denn dies ist der Ort, wo besonders viele Kinder Diskriminierung und Mobbing erfahren.

«Die
Erwachsenen
müssen
besser
zuhören.»

Achtung vor der Meinung des Kindes

→ Staatenbericht: Paragraph 12

Dieses Kapitel gibt einen Einblick, wie die Kinder in der Schweiz ihre Partizipationsmöglichkeiten einschätzen. Die Bilanz fällt dabei gemischt aus. Hinsichtlich der Entscheidungs- und Beteiligungsmöglichkeiten innerhalb von Familie und Freizeit weist die Umfrage sehr positive Ergebnisse auf. Im Gegensatz dazu empfinden die Kinder ihre Möglichkeiten, in der Schule und Gemeinde zu partizipieren, als deutlich geringer. Dabei sehen insbesondere ältere Kinder wenig Gelegenheiten, sich aktiv einzubringen.

Partizipation in Familie und Freizeit

Innerhalb der Familie verfügen Kinder in der Schweiz über viel Entscheidungskompetenz und Autonomie. Viele der befragten Kinder dürfen selbst entscheiden, mit welchen Freundinnen und Freunden sie sich treffen möchten (78,3 Prozent) oder wer das eigene Zimmer betreten darf (73,6 Prozent). Auch bei der Wahl der Feriendestination (74,9 Prozent) kann sich eine Mehrheit der Kinder einbringen. Innerhalb der Familie bestehen demnach für die Mehrheit der Kinder Möglichkeiten zu Mitsprache und Mitbestimmung. Dies verdeutlicht auch die Aussage, dass sich 83,8 Prozent der Kinder von ihren Eltern gehört fühlen. So berichtet ein Kind im Interview, dass seine Familie stets gemeinsam bespricht, worauf als Nächstes gesparrt werden soll:



I: «Ihr bestimmt also immer etwas, worauf man dann als Familie spart. Und dürft ihr hierbei mitreden, was das nächste Ziel ist, oder wer bestimmt das?»

B: «Also wir sagen es manchmal, Mama sagt es manchmal. Also wir wechseln nicht wirklich ab, aber jeder gibt Vorschläge und nachher stimmen wir halt ab. Was am meisten Sinn machen würde und was man wirklich im Moment gerade braucht.»

Trotz der positiven Bilanz wünscht sich jedes fünfte Kind mehr Aufmerksamkeit von seinen Eltern. 27,3 Prozent der Kinder geben an, dass sie innerhalb der Familie nur manchmal, selten oder nie nach ihrer Meinung gefragt werden. Mit 20,9 Prozent entscheiden bei jedem fünften Kind ausschliesslich die Eltern, wo die Familie die Ferien verbringt.

Die zeitlichen Ressourcen der Eltern scheinen vom ökonomischen, sozialen und kulturellen Status beeinflusst zu sein. So haben die Eltern von Kindern ohne Schweizer Pass, von armutsbetroffenen Kindern sowie von Kindern, die nicht mit beiden Eltern zusammenleben, im Vergleich zu anderen Familien weniger Zeit. Auch werden Kinder ohne Schweizer Pass in ihrer Familie weniger häufig nach ihrer Meinung gefragt als diejenigen mit einem Schweizer Pass.

Was die Freizeit angeht, beurteilen die Kinder ihre Möglichkeiten, sich bei Erwachsenen Gehör zu verschaffen, grösstenteils positiv. Die Mehrheit der Kinder gibt an, dass ihnen die Erwachsenen ausserhalb der Schule ausreichend zuhören, sich Zeit nehmen und sie nach ihrer Meinung fragen. Dennoch geben mit 37,8 Prozent mehr als ein Drittel der befragten Kinder an, dass die Erwachsenen sie nur manchmal, selten oder gar nie nach ihrer Meinung fragen. Armutsbetroffene Kinder haben auch bei Freizeitaktivitäten signifikant weniger Partizipationsmöglichkeiten als nicht armutsbetroffene Kinder (siehe Kapitel Lebensstandard).

Für die Erwachsenen am Wohnort fallen diese Werte nochmals deutlich niedriger aus, wie der nachfolgende Abschnitt aufzeigt.

« Kinder sollten mehr mitbestimmen können. Denn es ist komisch, dass zum Beispiel Erwachsene entscheiden, wie ein Spielplatz gebaut wird. »

Kind, 12, Kanton Aargau

Partizipation am Wohnort

Die Mehrheit der befragten Kinder schätzen ihre Partizipationsmöglichkeiten am eigenen Wohnort als gering ein. Über die Hälfte gibt an, dass ihnen die Erwachsenen dort nur manchmal, selten oder gar nie zuhören. Mit 31,3 Prozent ist fast jedes dritte Kind der Ansicht, dass die Erwachsenen in seinem Umfeld selten bis nie Zeit haben, und knapp jedes zweite Kind bekundet, nicht nach seiner persönlichen Meinung gefragt zu werden. Die Wahrnehmung der Kinder hängt dabei stark vom Alter ab. Je älter die Kinder sind, desto weniger fühlen sie sich von den Erwachsenen an ihrem Wohnort gehört. Insbesondere Fünfzehn- bis Siebzehnjährige sehen vor Ort nur wenig Partizipationsmöglichkeiten. Dass sie daran aber durchaus Interesse haben und solche Möglichkeiten als wichtig erachten, macht ein Kind mit seiner Forderung an die Schweiz deutlich:

«Aktive Beteiligung auf der Ebene der politischen Entscheidungen. Es ist wichtig, dass man von klein auf lernt, seine Meinung zu äussern und darüber zu diskutieren, was für alle das Beste ist.»

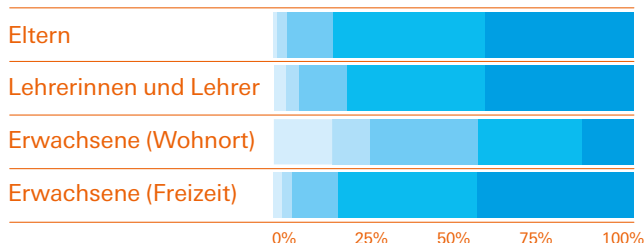
Kind, 17, Kanton Tessin

Das Bedürfnis, gehört zu werden, ist da: Jedes fünfte Kind wünscht sich von den Erwachsenen, öfter Gehör für seine Anliegen zu bekommen.

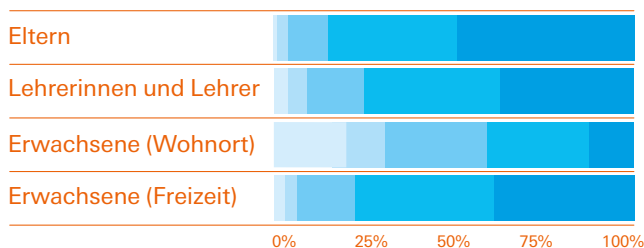
Wie bereits im Kapitel zur Nicht-Diskriminierung zeigt sich auch hier: Kinder mit Migrationshintergrund sowie Kinder, die von materieller Armut betroffen sind, können ihre Rechte nur in vergleichsweise geringerem Ausmass wahrnehmen. Armutsbetroffene Kinder und Kinder ohne Schweizer Pass fühlen sich von den Erwachsenen weniger gehört. Diese haben auch weniger Zeit für sie.

Viele Erwachsene haben zu wenig Zeit und hören den Kindern nicht richtig zu

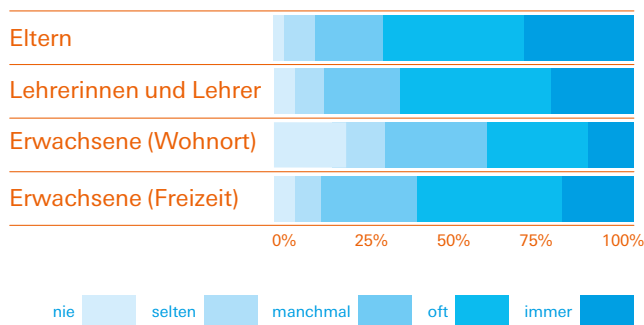
Hören dir die Menschen in deinem Umfeld zu?



Haben die Menschen in deinem Umfeld Zeit für dich?



Fragen die Menschen in deinem Umfeld nach deiner Meinung?



Die Wohngemeinden der befragten Kinder bieten laut Umfrageergebnis wenig Möglichkeiten, um Kinder an politischen Entscheidungen zu beteiligen. 44 Prozent der Kinder bekunden, bei politischen Entscheidungen selbst keine Möglichkeit zu haben, aktiv mitzuwirken. Besonders nachdenklich stimmt das Ergebnis, dass eines von drei Kindern gar nicht weiss, wer vor Ort politische Entscheidungsmacht hat und an wen es sich mit einem Anliegen wenden könnte. So gibt mit 50,6 Prozent gut die Hälfte aller befragten Kinder an, dass die Erwachsenen bei der Ausgestaltung von Spielplätzen und Freizeitangeboten alleine entscheiden. Die Meinungen der Kinder werden dabei nicht eingeholt. Jedes vierte Kind wünscht sich, in solchen Angelegenheiten mehr Mitsprache und Mitbestimmung zu erhalten. Als weiterer Bereich, in dem Kinder für sich nur bedingt Partizipationsmöglichkeiten sehen, ist neben dem Wohnort die Schule, wie der nachfolgende Abschnitt verdeutlicht.

Partizipation in der Schule

In der Schule sollen Kinder nicht nur Wissen erwerben, sondern sie sollen auch lernen, zu diskutieren und zu hinterfragen. Dies bedingt ein aufmerksames Zuhören der pädagogischen Fachkräfte. Erfreulicherweise gibt die Mehrheit der befragten Kinder an, dass die Lehrerinnen und Lehrer ihnen zuhören. Dennoch wünscht sich jedes fünfte Kind mehr Gehör.

Fast jedes dritte Kind bekundet, die Lehrerinnen und Lehrer hätten für seine Anliegen nie, selten oder nur manchmal Zeit. Weshalb die Kinder deutlich weniger häufig das Gefühl haben, dass die Lehrerinnen und Lehrer Zeit für sie haben als dass sie zuhören, ist eine spannende Frage, die noch näher untersucht werden müsste. Die Schweizer Lehrpläne geben vor, dass überfachliche Kompetenzen gezielt gefördert werden müssen. Dazu gehört, dass die Kinder eigene Ziele und Werte reflektieren und verfolgen sowie die eigene Meinung und Überzeugung ausdrücken können. Mit 35,1 Prozent gibt jedoch ca. eins von drei Kindern an, im schulischen Kontext nur manchmal, selten oder nie nach seiner Meinung gefragt zu werden. Dies ist ein starker Widerspruch, denn überfachliche Kompetenzen können nur durch aktive Beteiligung erlernt werden. Mehr als die Hälfte der Kinder bekunden, sie hätten bei der Gestaltung von Schulräumen (55,8 Prozent), schulischen Aktivitäten (65,3 Prozent) und strukturellen Richtlinien wie Klassenregeln (62,1 Prozent) kein Mitspracherecht. Diese werden jeweils ausschliesslich von den Lehrerinnen und Lehrern bestimmt. Wie auf Gemeindeebene besteht auch hier ein signifikanter Zusammenhang mit dem Alter der Befragten. Je älter die Kinder sind, desto weniger fühlen sie sich mit ihren Bedürfnissen von ihren Lehrerinnen und Lehrern wahrgenommen und gehört. Fünfzehn- bis Siebzehnjährige sehen deutlich weniger Partizipationsmöglichkeiten in der Schule oder an der Lehrstelle als die jüngeren Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer.

Bedeutung für die Schweiz

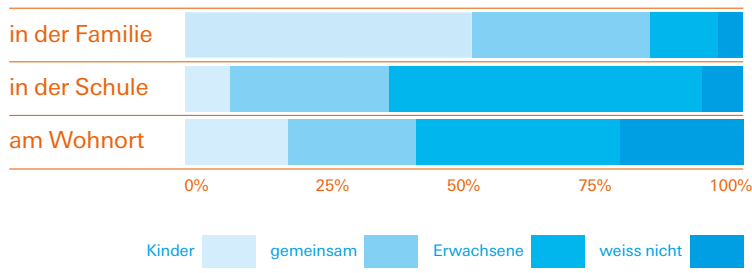
Die Umfrageergebnisse zeigen deutlich auf, dass die Bedürfnisse und Wünsche der Kinder insbesondere in der Schule und am Wohnort zu wenig beachtet werden. Kinder erfahren vor allem in politischen Planungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen wenig Teilhabe. Diese Erkenntnisse decken sich in ihren Grundzügen auch mit früheren Studien zu Partizipation.⁶ Das Thema gehört nun umso dringender auf die politische Agenda. Die Schweiz sollte die Partizipation von Kindern weiter fördern und ausbauen.

Schliesslich sind erwachsene Entscheidungsträgerinnen und -träger aus allen Lebensbereichen angehalten, die Ansichten und Meinungen der Kinder anzuhören und angemessen zu berücksichtigen.

Das im Jahr 2013 in Kraft getretene Kinder- und Jugendförderungsgesetz KJFG fordert die Kantone dazu auf, ihre Kinder- und Jugendpolitik stetig weiterzuentwickeln und auszubauen sowie die Partizipation von Kindern zu fördern. Die gesprochene Finanzhilfe des Bundes unterstützt die Kantone in ihrer Vorgehensweise. Die föderale Aufgabenteilung der schweizerischen Kinder- und Jugendpolitik ermöglicht viel Handlungsspielraum in der Umsetzung der Partizipation. Von den Kantonen und Gemeinden wird dies unterschiedlich genutzt. Die erarbeiteten Richtlinien dienen dabei lediglich als Orientierungshilfen und weisen keine Verbindlichkeit auf.⁷

Zwei von drei Kindern dürfen in der Schule nicht mitentscheiden

Wer entscheidet?



Empfehlungen zu: Achtung vor der Meinung des Kindes

UNICEF Schweiz und Liechtenstein empfiehlt, die Schweiz in den abschliessenden Bemerkungen aufzufordern,

- die im Rahmen des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes gesprochenen Gelder nach verbindlichen Kriterien zu vergeben. Programme sollen nur dann mitfinanziert werden, wenn sie Partizipation als festen Bestandteil beinhalten,
- für Kantone und Gemeinden verbindliche Partizipations-Richtlinien festzulegen, sodass Kinder ihre Meinung in allen sie betreffenden Angelegenheiten und Entscheidungen frei äussern können und ihre Stimme angemessen berücksichtigt wird,
- sich verstärkt darum zu bemühen, dass alle Kinder – insbesondere auch vulnerable – an allen sie betreffenden Planungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen teilhaben können. Dies gilt vor allem für die Schule und auf Gemeindeebene,
- Fachpersonen, die mit Kindern arbeiten, systematisch darin zu schulen, wie Partizipation wirksam gefördert, verankert und für alle ermöglicht werden kann.

« Kinder
schlagen
sollte
verboten
werden! »

Gewalt gegen Kinder

→ Staatenbericht: Paragraph 15

Nachfolgend wird aufgezeigt, inwiefern die unterschiedlichen Lebensbereiche der Kinder von Gewalt geprägt sind. Gewalterfahrungen beeinträchtigen die Entwicklung, die Gesundheit und das Wohlergehen eines Kindes.⁸ Als umso besorgniserregender erweisen sich die Umfrageergebnisse. Sie zeigen auf, dass physische und psychische Gewalt sowohl im familiären und schulischen Kontext wie auch in den sozialen Medien zum Alltag vieler Kinder in der Schweiz gehören.

Gewalt in der Familie

Mit 28,2 Prozent hat mehr als jedes vierte Kind schon physische Gewalt durch seine Eltern erlebt. Je älter ein Kind ist, desto eher hat es körperliche Gewalt durch seine Eltern erfahren. Während 21,9 Prozent der Neun- bis Elfjährigen die Frage nach physischer Gewalterfahrung mit «Ja» beantworten, sind es bei den Zwölf- bis Vierzehnjährigen bereits 26,8 Prozent. Bei den Fünfzehn- bis Siebzehnjährigen sind es mit 35,6 Prozent sogar gut ein Drittel der Kinder.

Ein ganz ähnliches Bild zeigt sich bei den Ergebnissen zur psychischen Gewalt. 23,3 Prozent der Kinder gaben an, dass sie von ihren Eltern schon einmal ausgelacht, nachgeahmt, beschimpft oder beleidigt worden seien. Etwas tiefer liegt dabei mit 18,7 Prozent der Wert bei den Kindern, die von ihren Eltern ignoriert oder zur Bestrafung angeschwiegen wurden.

Sowohl physische wie auch psychische Gewalt erlebten von materieller Armut betroffene Kinder und diejenigen Kinder, die nicht mit beiden Elternteilen zusammenwohnen, signifikant häufiger. Die finanziellen Mittel und die Wohnsituation erwiesen sich in der Umfrage als massgebende Faktoren dafür, inwiefern physische und psychische Gewalt als Erziehungsform angewandt wird (siehe Kapitel Lebensstandard).

Gewalt in der Schule

Über die Lebenswelten und Personengruppen hinweg betrachtet, fügen sich Kinder am häufigsten gegenseitig Gewalt zu. Allein 43,7 Prozent wurden von anderen Schülerinnen und Schülern schon ausgelacht, beleidigt, be-

schimpft oder nachgeahmt. 23 Prozent gaben an, von anderen Schülerinnen und Schülern schon ausgegrenzt und gemobbt worden zu sein. 15,5 Prozent wurden private Sachen weggenommen, wie zum Beispiel das Handy. Physische Gewalt durch andere Schülerinnen und Schüler erlebte mit 31,7 Prozent knapp eins von drei Kindern. Zwischen den Geschlechtern zeigt sich eine Diskrepanz: Die Gewalterfahrungen der Mädchen liegen mit einem Mittelwert von 1,06 signifikant tiefer als die der Buben mit 1,25. Schüler sind somit deutlich öfter physischer und psychischer Gewalt durch andere Kinder ausgesetzt als ihre Mitschülerinnen. Die Kinder benennen diese Formen der Gewalt und wünschen sich Veränderungen. So erläutert zum Beispiel ein Kind:

«Es sollte nicht zwei Gruppen in der Klasse geben, die sich die ganze Zeit gegenseitig bekämpfen und beleidigen müssen.»

Kind, 12, Kanton Graubünden

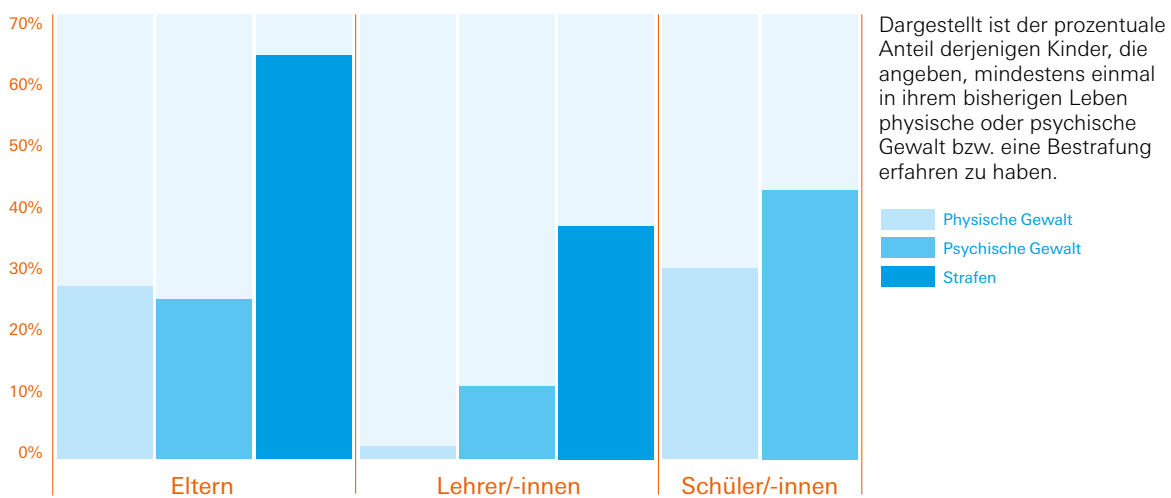
In Bezug auf die Lehrpersonen fallen die Studienergebnisse positiver aus. Mehr als die Hälfte der Kinder hat weder Strafen noch Gewalt durch ihre Lehrerin oder ihren Lehrer erfahren. Physische und psychische Gewalt ist in diesem Kontext weniger stark verbreitet als beispielsweise in der Familie. Mit 37,6 Prozent kommen noch immer bei mehr als jedem dritten Kind insbesondere Strafen wie Nachsitzen, vor die Tür gehen oder Zusatzaufgaben zur Anwendung. Dass Lehrerinnen und Lehrer ihnen private

« Ich möchte, dass mein Bruder nicht mehr so aggressiv ist und meine Mutter nicht mehr so viel am Schreien und Schlagen ist. Und dass sie weniger am Handy ist. »

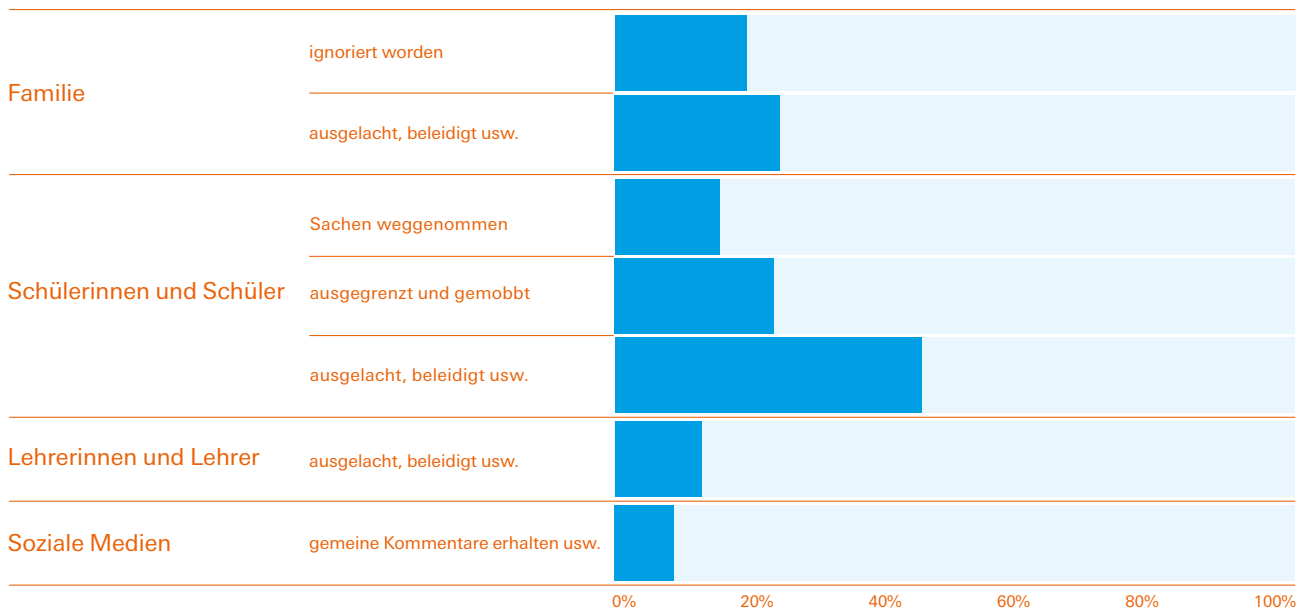
Kind, 14, Kanton Aargau

Viele Kinder erleben in ihrem Alltag Gewalt

Gewalt- und Straferfahrungen



Psychische Gewalterfahrungen



Dargestellt ist der prozentuale Anteil derjenigen Kinder, die angeben, mindestens einmal in ihrem bisherigen Leben die benannten psychischen Gewaltformen erfahren zu haben.

Dinge wegnehmen, haben 14,6 Prozent der Schülerinnen und Schüler erlebt. Etwas tiefer liegt mit 11,4 Prozent die Anzahl Kinder, die durch Lehrpersonen ausgelacht, beleidigt, beschimpft oder nachgeahmt wurden und psychische Gewalt erlitten. 2,3 Prozent der Kinder gaben an, physische Gewalt durch ihre Lehrerin oder ihren Lehrer erlebt zu haben.

Es ist erfreulich, dass diese Zahlen im Vergleich zu den anderen Lebensbereichen tiefer ausfallen. Allerdings sollte gerade die Schule ein Ort der Sicherheit sein, wo gut ausgebildete Fachpersonen die Rechte der Kinder kennen und achten. Dennoch haben 37 der befragten Kinder erlebt, dass Lehrerinnen und Lehrer ihnen trotz ihres pädagogischen Auftrags und des gesetzlichen Rahmens physische Gewalt antaten. Das stimmt nachdenklich. Ebenso wie die deutlich höheren Zahlen, was psychische Gewalt und Strafen angeht. Hier zeigt sich ein signifikanter Unterschied hinsichtlich Alter und Geschlecht. Der Mittelwert der Straf- und Gewalterfahrungen steigt mit zunehmendem Alter. Besonders deutlich zeichnet sich ab, dass Buben in der Schule signifikant häufiger Gewalt erfahren als ihre Mitschülerinnen. So erleben mit 3,9 Prozent im Durchschnitt mehr als doppelt so viele Buben als Mädchen (1,8 Prozent) physische Gewalt durch ihre Lehrerin oder ihren Lehrer. Aber auch psychischer Gewalt und Strafen sind Schüler markant häufiger ausgesetzt.

Gewalt in den sozialen Medien

Digitale Medien wie Handy, Computer und Tablet nehmen im Leben der Neun- bis Siebzehnjährigen einen festen Platz ein. Nur 1,8 Prozent der Kinder gaben an, zu Hause keine digitalen Medien zu nutzen. Mit 22,9 Prozent sehen fast ein Viertel der Kinder Influencerinnen und Influencer, denen sie auf Social Media folgen, als Vorbilder.

Gewalterfahrungen scheinen in den sozialen Medien etwas weniger häufig vorzukommen als im direkten Umgang unter Mitschülerinnen und Mitschülern. Psychische Gewalt durch andere Social-Media-Nutzerinnen und -Nutzer erlebten 8,1 Prozent der befragten Kinder. 9,2 Prozent erfuhren eine Verletzung ihrer Privatsphäre, indem Infos, Fotos oder Videos ungefragt geteilt wurden. Mehr als jedes siebte Kind (16,7 Prozent) wurde über soziale Medien schon mit sexuellen Inhalten konfrontiert oder diesbezüglich angesprochen. Dabei korrelieren die Aussagen erneut stark mit dem Alter. Je älter ein Kind, desto eher hat es bereits derartige Erfahrungen gemacht.

Bedeutung für die Schweiz

Die Ergebnisse zeigen deutlich, wie weit verbreitet unterschiedliche Formen von Gewalt an Kindern sind. Kein Lebensbereich, zu dem die Kinder diesbezüglich befragt wurden, erwies sich als gewaltfrei. Um solchen Kinderrechtsverletzungen entgegenzuwirken, benötigt es auf ganz unterschiedlichen Ebenen ein Engagement. Besonders die Implementierung entsprechender Gesetze, inklusive Durchsetzung und Monitoring, scheint unausweichlich. Nur so können andere Präventionsmassnahmen, Angebote und Hilfeleistungen umfassend erfolgreich sein.⁹ Nach wie vor fehlt es in der Schweiz an einem expliziten Züchtigungsverbot respektive an der Verankerung des Rechts auf eine gewaltfreie Erziehung. Politische Vorstösse sind bisher alle gescheitert.¹⁰



I: «Was würdest du den Politikern noch sagen: Was brauchst du und die Kinder in der Schweiz?»

B: «Man sollte sich nicht aggressiv verhalten, man sollte mit dem Mund sprechen.»

Empfehlungen zu: Gewalt gegen Kinder

UNICEF Schweiz und Liechtenstein empfiehlt, die Schweiz in den abschliessenden Bemerkungen aufzufordern,

- im ZGB eine eindeutige Gesetzgebung zu erlassen, die Gewalt in der Erziehung ausdrücklich verbietet,
- ein umfassendes Monitoring zu gewährleisten und dazu Instrumente und Verfahren aufzubauen, mit denen systematisch Daten über Gewalt an Kindern erhoben werden können,
- einen nationalen Aktionsplan zu erarbeiten, um jede Form von Gewalt bis zum Jahr 2030 zu beenden – so wie es auch die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung einfordert,
- insbesondere für vulnerable Kinder und Familien vermehrt einfach zugängliche Beratungs- und Hilfsangebote bereitzustellen.

«Weniger
Armut
in
Familien.»

Kind, 15, Kanton Aargau

Lebensstandard

→ Staatenbericht: Paragraph 24

Bei der Datenauswertung kristallisierte sich heraus, dass von Armut betroffene Kinder ihre Rechte nur in vergleichsweise geringerem Masse wahrnehmen können. Die besondere Vulnerabilität armutsbetroffener Kinder wurde bereits im Zusammenhang mit Nicht-Diskriminierung festgestellt und im entsprechenden Kapitel vertieft. Ähnliche Ungleichheiten zeigen sich aber auch in Bezug auf Partizipation, Gewaltfreiheit und generelles Wohlergehen. In diesem Kapitel möchten wir deshalb zusätzlich näher beleuchten, wie Armut diese drei Bereiche beeinflusst.

Armut allgemein

Mit 76,6 Prozent ist ein Grossteil der Kinder, die an der Umfrage teilnahmen, nicht von materieller Armut betroffen. Doch 19,5 Prozent sind zumindest teilweise und 3,9 Prozent der Kinder sogar stark mit materiellen Einschränkungen konfrontiert. 45 Kinder (3,3 Prozent) gaben an, dass ihre Familie nicht über genügend finanzielle Ressourcen verfüge, um ihnen eine Vereinsmitgliedschaft oder Musikunterricht zu ermöglichen. Ebenso viele Kinder leben in engen Wohnverhältnissen und haben kaum Rückzugsmöglichkeiten. Etwas weniger Kinder (2,2 Prozent) müssen aus Spargründen gebrauchte Kleidungsstücke übernehmen und/oder können aufgrund der finanziellen Situation nicht in die Ferien verreisen (1,4 Prozent). Häufig manifestiert sich materielle Armut in einer ungesunden respektive einseitigen Ernährung. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass gesunde und ausgewogene Lebensmittel teurer sind und an dieser Stelle gespart werden kann.¹¹ Es ist daher erfreulich, dass mit 81,9 Prozent vier von fünf Kindern angaben, zu Hause regelmässig Gemüse und Früchte zu essen und somit von einer gesunden Ernährung zu profitieren. Kinder benennen Armut in der Umfrage als Problem und wünschen sich diesbezüglich Veränderungen. So fordert ein Kind beispielsweise:

«Eine weniger starke Trennung zwischen Arm und Reich.»

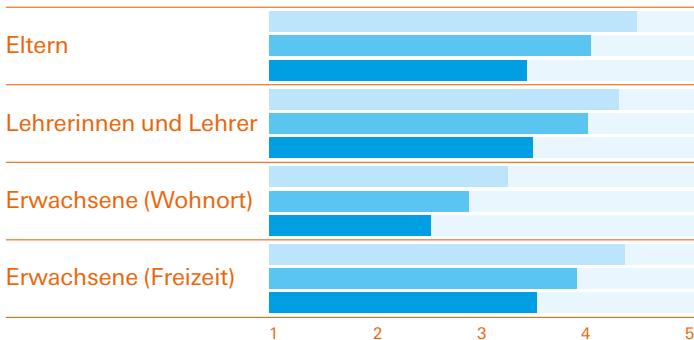
Kind, 14, Kanton Bern

Armut und Wohlergehen

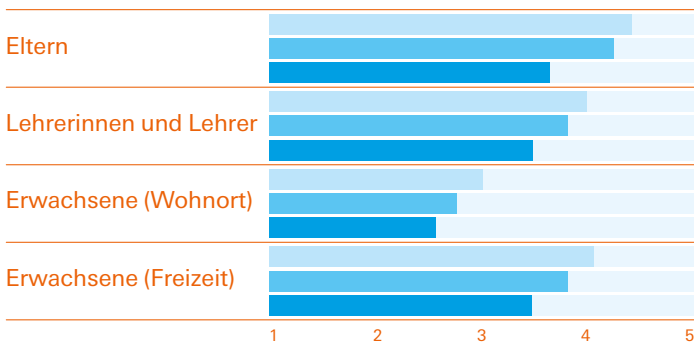
Für das generelle Wohlbefinden eines Kindes ist es wichtig, sich in seiner Umgebung wohl und sicher zu fühlen. Zudem spielt es eine grosse Rolle, ob ein Kind Bezugspersonen hat, die es bei Problemen unterstützen und ihm zur Seite stehen.¹² Von materieller Armut betroffene Kinder bewerten ihr Wohlergehen signifikant negativer als andere. Sie fühlen sich in allen erfragten Lebensbereichen – ausgenommen die digitalen Medien – weniger sicher als jene Kinder, die nicht von materieller Armut betroffen sind. Das heisst also in der Familie, Schule, Freizeit und am Wohnort. Die Kinder, die nicht von Armut betroffen sind, fühlen sich über alle Lebensbereiche hinweg sehr sicher. Bei einer Skala von eins «nicht sicher» bis fünf «sehr sicher» gaben sie im Durchschnitt überall einen Wert zwischen 4,4 und 4,7 an. Bei Kindern, deren Familien teilweise von Armut betroffen sind, liegen die Werte zwischen 4,2 und 4,5. Sichtlich tiefer fallen die Mittelwerte bei stark armutsbetroffenen Kindern aus. Sie betragen zwischen 3,7 und 3,9. Hinzu kommt ein markanter Unterschied bei der Anzahl Vertrauenspersonen. Während stark armutsbetroffene Kinder im Durchschnitt nur 1,4 Ansprechpersonen bei Problemen haben, können nicht armutsbetroffene Kinder durchschnittlich auf mehr als zwei Vertrauenspersonen zurückgreifen. Warum diese Unterschiede bestehen, müsste Gegenstand weiterer Untersuchungen sein.

Armutsbetroffene Kinder finden weniger Gehör

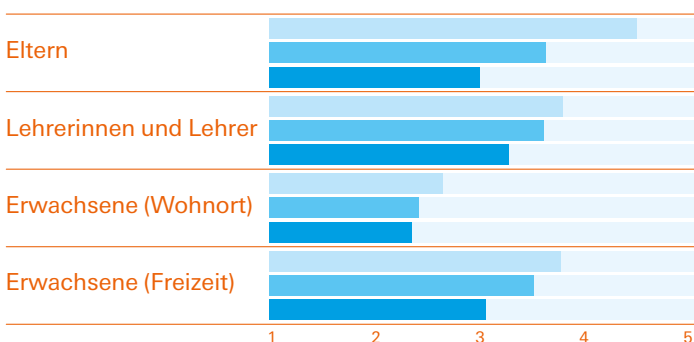
Hören dir die Menschen in deinem Umfeld zu?



Haben die Menschen in deinem Umfeld Zeit für dich?



Fragen dich die Menschen in deinem Umfeld nach deiner Meinung?



1 nie
2 selten
3 manchmal
4 oft
5 immer

■ nicht von materieller Armut betroffen
■ teilweise von materieller Armut betroffen
■ stark von materieller Armut betroffen

Armut und Partizipation

Bei den partizipatorischen Rechten zeigt sich ein ähnliches Bild wie beim Sicherheitsempfinden. Von Armut betroffene Kinder fühlen sich in allen Lebensbereichen weniger gehört, schätzen die Zeit, die Erwachsene ihnen widmen, als geringer ein und geben an, dass sie durchschnittlich deutlich weniger häufig nach ihrer Meinung gefragt werden.

Bei der Frage, inwiefern Erwachsene aus dem Wohnumfeld – also beispielsweise Gemeindepolitikerinnen und -politiker – armutsbetroffenen Kindern zuhören, liegt der Mittelwert auf einer Skala von eins «gar nie» bis fünf «immer» bei 2,67. Es besagt, dass die Erwachsenen armutsbetroffenen Kindern in ihrer Wohngemeinde nur selten bis manchmal zuhören. Im Vergleich dazu liegt der Mittelwert der nicht von Armut betroffenen Kinder mit 3,23 bereits zwischen «manchmal» und «meistens». Aber auch von den Eltern, den Lehrerinnen und Lehrern sowie den Erwachsenen aus dem Freizeitbereich fühlen sich die armutsbetroffenen Kinder weniger gehört.

Wie aus der Grafik ersichtlich wird, zeigt sich ein fast identisches Bild bei der Frage, wie viel Zeit die Erwachsenen für sie haben.

Die grössten Unterschiede zwischen nicht armutsbetroffenen Kindern und stark armutsbetroffenen Kindern besteht bei der Partizipation innerhalb der Familie. Während die einen im familiären Kontext «meistens» nach ihrer Meinung gefragt werden, ist es bei Letzteren höchstens «manchmal».

Armut und Gewalt

Kinder, die von Armut betroffen sind, machten signifikant häufiger Gewalterfahrungen innerhalb der Familie. Besonders stark zeigt sich der Unterschied bei körperlicher Gewalt. Selbst bei den Kindern, die nicht armutsbetroffen sind, gibt mit 25,3 Prozent jedes vierte Kind an, in der Familie schon einmal physische Gewalt erlebt zu haben. Bei den Kindern, die teilweise von Armut betroffen sind, liegt der Wert bereits bei 37,4 Prozent und bei den stark armutsbetroffenen Kindern bei 40,4 Prozent. Die Zahlen liegen für psychische Gewalterfahrungen in der Familie zwar etwas tiefer, zeigen aber grundsätzlich dasselbe Bild.

Ein interviewtes Kind beschreibt eine belastende familiäre Situation mit physischer Gewalt so:



I: «Und wenn du etwas verändern könntest in eurer Wohnung, in eurem Haus: Was würdest du verändern?»

B: «Den Streit.»

I: «Und wie sieht so ein Streit aus?»

B: «Hauen, schreien und dann ... heulen.»

In der Schule hat es keinen Einfluss auf Gewalterfahrungen, ob ein Kind armutsbetroffen ist oder nicht. Jedoch stehen Gewalterfahrungen in den digitalen Medien in einem Zusammenhang mit den finanziellen Ressourcen: Die Wahrscheinlichkeit, dass ein stark armutsbetroffenes Kind negative Erfahrungen in den digitalen Medien macht, liegt mehr als doppelt so hoch wie bei den anderen Kindern.

« Es sollte die Gleichstellung aller Jugendlichen geben, egal aus welchem Land oder welcher Arbeiterschicht. So dass alle – und nicht nur die, die es sich leisten können – in der Freizeit machen können, was sie wollen. »

Kind, 16, Kanton Bern

Bedeutung für die Schweiz

Die Ergebnisse bestätigen deutlich, dass materielle Armut von Kindern dazu führt, dass jene im Vergleich zu anderen Kindern in allen Lebensbereichen benachteiligt sind. Da die materielle Absicherung fehlt, können sie ihre Rechte nur bedingt wahrnehmen.

Deshalb ist es aus Kinderrechtsperspektive zentral, gegen Kinderarmut in der Schweiz vorzugehen.

Als wirkungsvolle Präventionsmassnahme gegen Armut hat sich die Förderung der Chancengerechtigkeit in Form von Frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) erwiesen. Zudem haben sich Familienergänzungsleistungen in der Schweiz als gutes Mittel bewährt, um Kinderarmut zu senken und zu verhindern, dass Familien von Sozialhilfe abhängig werden. Jedoch finden sie nach wie vor nur in den Kantonen Tessin, Waadt, Genf und Solothurn Anwendung. Bestrebungen, diese auf Bundesebene einzuführen, scheiterten bisher. Kinder stellen in der Schweiz zudem von allen Altersgruppen die grösste Gruppe von Sozialhilfebeziehenden dar.¹³ Es ist daher bedenklich, dass die Sozialhilfe in den letzten Jahren politisch immer stärker unter Druck gerät und die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) zum Existenzminimum nicht verbindlich sind. Diese gesellschaftliche und politische Dynamik ist in Hinblick auf die aktuelle Covid-19-Situation zusätzlich besorgniserregend. Die SKOS veröffentlichte im Mai 2020 einen Bericht, in dem sie festhält, dass sie mit zusätzlichen 36 500 bis 72 500 Sozialhilfebeziehenden rechnet. Dass darunter auch viele Kinder fallen werden, ist selbstredend. Hinzu kommt die Problematik, dass viele Personen trotz Anrecht keine Sozialhilfe beziehen. Besonders betroffen sind Kinder und Familien ohne Schweizer Pass, da der Bezug von Sozialhilfe negative Effekte auf ihre Aufenthaltsbewilligung haben kann.¹⁴



I: «Und was wünschst du dir für dich?»

B: «Dass die armen Menschen Geld und Essen haben.»

Empfehlungen zu: Lebensstandard

UNICEF Schweiz und Liechtenstein empfiehlt, die Schweiz in den abschliessenden Bemerkungen aufzufordern,

- Investitionen in die Familienpolitik, insbesondere in die Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE), zu erhöhen und dem europäischen Durchschnitt von 2,4 Prozent des BIPs anzugleichen,
- die SKOS-Richtlinien durch die nationale Gesetzgebung schweizweit zu vereinheitlichen und verbindlich zu machen,
- Bedarfsleistungen für Familien (Familienergänzungsleistungen und Alimenterbevorschussung) schweizweit auf Kantonsebene einzuführen beziehungsweise zu harmonisieren und auf Bundesebene gesetzlich zu verankern,
- sicherzustellen, dass Kinder und Familien ohne Schweizer Pass ihr Anrecht auf Sozialhilfe beanspruchen können, ohne Angst vor negativen Auswirkungen auf ihr Aufenthaltsrecht haben zu müssen.

«Vielleicht
einfach
jedem ein
bisschen
mehr
Sicherheit
geben.»

Allgemeines Wohlergehen

→ Ergänzendes Kapitel zur «List of Issues»

Viele Umfrageantworten sowie die persönlich formulierten Verbesserungsvorschläge und Anliegen der Kinder zu den Themen Sicherheit, Beziehungen und Wohlbefinden liefern zentrale Erkenntnisse darüber, wie es den Kindern in der Schweiz geht. Das allgemeine Wohlergehen lässt unserer Ansicht nach wichtige Rückschlüsse auf die Umsetzung verschiedener Rechte zu. Aus diesem Grund widmet sich das letzte Kapitel den genannten drei Themenschwerpunkten. Es ergänzt den Bericht und steht unabhängig von der vorgegebenen «List of Issues».

Wohlergehen allgemein

Die befragten Kinder bewerten ihre eigene Situation in den verschiedenen Lebensfeldern mehrheitlich positiv. Sie sind sich bewusst, dass sie eigene Rechte haben. 90,5 Prozent der Kinder geben an, bereits von den Kinderrechten gehört zu haben. Dabei scheint insbesondere die Schule eine wichtige Wissensvermittlerin zu sein. Mit 79,4 Prozent ist sie derjenige Ort, an dem die Kinder am häufigsten über ihre Rechte informiert werden.

Die Schule nimmt im Alltag der Kinder eine besondere Stellung ein. Sie ist ein eigenständiger Lebensraum, in dem sich die Kinder unter der Woche hauptsächlich bewegen. Es ist deshalb erfreulich, dass sich mit 84,7 Prozent die grosse Mehrheit der Schülerinnen und Schüler in ihrem Schulumfeld sicher fühlt. Knapp die Hälfte hat keine Veränderungswünsche.

Ähnliche Ergebnisse zeigen sich für das private Umfeld. Gut jedes zweite Kind bewertet die eigene familiäre Situation positiv und möchte innerhalb der Familie nichts verändern. Auch bekunden mit 93,2 Prozent die grosse Mehrheit der Kinder, dass sie sich zu Hause sicher fühlen. Das private Umfeld erweist sich auch in schwierigen Situationen als sicherer Zufluchtsort. 95,9 Prozent der Kinder geben an, Zugang zu wenigstens einer Vertrauensperson zu haben, mit der sie über ihre Probleme und Anliegen sprechen können. Dabei werden als Ansprechpersonen am häufigsten Familienmitglieder und Freundinnen und Freunde genannt.

Zufriedenheit lässt sich auch im Wohnumfeld erkennen. 86 Prozent der Kinder gefällt ihr Wohnort. 90,1 Prozent bekunden, sich in ihrer Umgebung sicher zu fühlen. Gut

jedes vierte Kind gibt an, keine Veränderungswünsche auf kommunaler Ebene zu haben. Die Mehrheit bewertet insbesondere die Orte zum Spielen und Entspannen als positiv und ausreichend. Mit 92,1 Prozent bestätigt ein Grossteil der Befragten, sich im Wohnumfeld in ihrer Freizeit sicher zu fühlen.

Obwohl diese Ergebnisse insgesamt als sehr positiv zu verstehen sind und dadurch von einem allgemeinen Wohlergehen der Kinder in der Schweiz auszugehen ist, gibt es doch einige Aspekte und Situationen, welche die Kinder in ihrem Alltag stark beschäftigen.

Wohlergehen in der digitalen Welt

Als Digital Natives bewegen sich die Kinder von heute täglich im Internet. Während 67,4 Prozent der befragten Kinder das Internet als sicheren Ort empfinden, bekundet mit 32,6 Prozent jedes dritte Kind, sich in der digitalen Welt nur mittelmässig, eher nicht oder nicht sicher zu fühlen. Hierbei zeigen sich signifikante geschlechtsspezifische Unterschiede. Mädchen geben durchschnittlich weniger oft an, sich in Internet sicher zu fühlen als Buben. Während die Hälfte der Kinder das Internet im Allgemeinen gutheisst und nichts daran ändern möchte, so ist der digitale Raum für einige verbesserungsbedürftig. Insbesondere im Bereich des Datenschutzes und des Umgangs mit Fotos oder Kontakten wünschen sich Kinder mehr Sicherheit und Kontrolle.

Im Vergleich zu den anderen Lebensfeldern wird das Internet als derjenige Ort bewertet, in dem sich die Kinder am wenigsten sicher fühlen.

« Ich denke, wir sollten anders informiert werden. Zum Beispiel nicht nur darüber, was man nicht tun sollte, sondern auch, was passieren kann, obwohl man sich korrekt verhält. Weil das wurde uns nicht erklärt. »

Kind, 14, Kanton Zürich

Wohlergehen in der Schule

Ähnliche Ergebnisse zeigen sich bei der Schule. Trotz der allgemeinen positiven Bewertung gibt gut jedes sechste Kind an, sich in der Schule mittelmässig bis nicht sicher zu fühlen. Die Gründe dafür, weshalb das Wohlbefinden teilweise vermindert ist, sind unterschiedlich. Unter anderem ist für jedes elfte Kind das schulische Umfeld zu konfliktbehaftet. Sechs Prozent wünschen sich einen respektvolleren Umgang und mehr Zusammenhalt innerhalb der Klasse. Auch ergibt sich aus der Umfrage, dass sich die Kinder stark mit Themen wie Rassismus, Diskriminierung und Mobbing auseinandersetzen und mit diesen in ihrem Alltag immer wieder konfrontiert werden. Weiter wird zum Beispiel von 5,1 Prozent der Kinder der Leistungsdruck und die Arbeitsmenge als zu hoch empfunden, so dass aus ihrer Sicht pro Tag nicht ausreichend Freizeit übrigbleibt.



I: «Dann triffst du dich manchmal mit Freunden oder Freundinnen?»

B: «Eher weniger. Ist eher schwierig so in der Freizeit, weil es gibt meistens zwei Tests in der Woche. Darauf muss ich lernen. Und dazu kommen noch Hausaufgaben. Und dann habe ich montags bis um fünf Schule. Und dann ist die Woche ja schon wieder um.»

Ein Thema, das von vielen Kindern immer wieder aufgegriffen wird, ist das Recht auf Mitsprache. Viele wünschen sich, auf schulischer Ebene mehr in Entscheidungen involviert zu werden und ihre eigenen Wünsche und Ansichten mitteilen zu können.

«Es wäre cool, wenn wir einen Vortrag machen könnten und das Thema selber entscheiden dürften. Oder wenn wir Ideen für einen Projekttag einbringen könnten.»

Kind, 12, Kanton St. Gallen

Wohlergehen in der Familie

Die Erkenntnisse lassen sich auch auf das familiäre Setting übertragen. Die befragten Kinder berichten von Unstimmigkeiten oder ungestillten Bedürfnissen innerhalb der Familie. So würden zum Beispiel einige der Kinder gerne freier und selbstbestimmter leben. Auch die wiederholten Streitigkeiten innerhalb der Familie sind ein oft genannter Grund für die persönliche Unzufriedenheit. Dabei spielt der fehlende Respekt sowie der Mangel an Unterstützung durch Familienmitglieder eine grosse Rolle. Dies führt bei den befragten Kindern dazu, mit der familiären Situation nicht voll zufrieden zu sein.

«Meine Eltern sollten mir zuhören und sie sollten merken, dass meine Eigenschaften nicht nur Phasen sind. Sie sollten diese akzeptieren. Sie sollten mir meinen Freiraum lassen und meine Meinung berücksichtigen.»

Kind, 16, Kanton Aargau

Wohlergehen am Wohnort

Mehr Selbstbestimmung und Mitspracherecht werden auch auf kommunaler Ebene gewünscht. Insbesondere bei politischen Entscheidungen ist der Wunsch der Kinder nach Partizipation gross. Viele Kinder geben an, mit ihrem Wohnort nicht zufrieden zu sein. Gründe für die Unzufriedenheit sind vielfältig. Jedes zehnte Kind bekundet, sich in seiner Umgebung nicht sicher zu fühlen und 22,2 Prozent der Kinder wünscht sich eine grössere Auswahl an Freizeitangeboten. Für 17,8 Prozent und somit für fast jedes fünfte Kind sind die vorhandenen Möglichkeiten zum Spielen und Entspannen nicht ausreichend. So wünscht sich ein Kind:

«Mehr Orte, die kostenlos sind, um sich mit Freunden zu treffen.»

Kind, 15, Kanton Uri

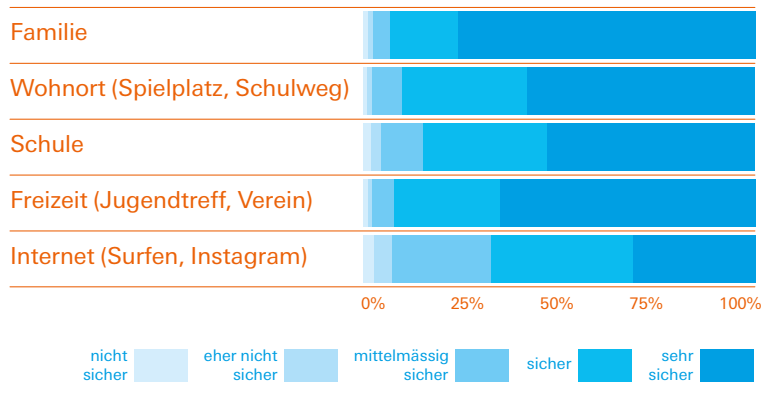
Auch kennen 15,9 Prozent der Kinder Orte, an denen sie nicht verweilen möchten. Insgesamt fehlen den Kindern, so wird aus den offenen Antworten deutlich, genügend Grünflächen, eine saubere Umgebung und ausreichend Platz, um sich auszutoben oder zu entspannen. Der Klimaschutz und die Umwelt sind dabei Themen, welche immer wieder aufgegriffen wurden. Sie machen einen grossen Teil ihres allgemeinen Wohlergehens aus.

Wie in der Grafik ersichtlich, fühlen sich die Kinder am sichersten in der Familie (~75% fühlen sich sehr sicher) und am wenigsten sicher in der Schule (~50%) sowie im Internet (~25%).

Aus der Umfrage geht deutlich hervor, dass unter den Kindern in der Schweiz ein hohes allgemeines Wohlergehen herrscht. Es gibt aber auch diverse Themen, welche die Kinder in ihrem Alltag beschäftigen und die sich negativ auf ihr Wohlbefinden auswirken. Die folgenden Inhalte, Anliegen, und Wünsche betreffen den aktuell gelebten Alltag der Kinder. Mögen sie direkt am Wohnort der Kinder eine Resonanz finden und Veränderungen anstossen!

Über die Lebensbereiche hinweg betrachtet, fühlen sich die Kinder im Internet am wenigsten sicher

Wie sicher fühlst du dich?



« Man muss uns öfter nach unserer Meinung fragen, VOR ALLEM zur Klimaveränderung, denn es geht um unsere Zukunft!! »

Kind, 15, Kanton Neuchâtel

Was soll sich in der Schweiz für Kinder verbessern?

Auf diese offene Frage haben 1205 Kinder mit längeren oder kürzeren Texten geantwortet. Diese Antworten wurden inhaltsanalytisch ausgewertet und den folgenden, nach Anzahl Nennungen gruppierten, Kategorien zugeordnet. Viele Kinder haben auch «Nichts» und «Weiss nicht» geantwortet. Diese beiden Kategorien wurden in der Grafik nicht abgebildet.

Mehr politische Mitbestimmung

Die Schulsituation

Mehr Plätze
und Angebote

Eine gerechtere
Gesellschaft

Weniger Gewalt
und Rassismus

Mehr Freizeit, weniger Druck

Besserer Umweltschutz

Sichererer Umgang mit dem Internet

Sicherer im öffentlichen Raum

Keine Drogen

Finanzielle Unterstützung

Mehr Sicherheit im Verkehr



Annex

¹ Im Sinne der Kinderrechtskonvention ist ein Kind jeder Mensch, der das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Daher wird im folgenden Text bewusst auf die Bezeichnung Jugendliche verzichtet.

² UNICEF Innocenti, 2020: «Worlds of Influence: Understanding what shapes child well-being in rich countries», Innocenti Report Card 16, UNICEF Office of Research – Innocenti, Florence, S. 17.

³ Die Stichprobe der armutsbetroffenen Kinder ist sehr gering. Um ihre Anonymität zu gewährleisten, werden keine näheren Informationen bekannt gegeben.

⁴ Konsortium PISA.ch (2019). PISA 2018: «Schülerinnen und Schüler der Schweiz im internationalen Vergleich». SBF/EDK und Konsortium PISA.ch, Bern und Genf, S. 71.

⁵ UNICEF Innocenti, 2020: «Worlds of Influence: Understanding what shapes child well-being in rich countries», Innocenti Report Card 16, UNICEF Office of Research – Innocenti, Florence, S. 23–24.

⁶ Institut für Erziehungswissenschaft, Universität Zürich im Auftrag von UNICEF Schweiz, 2015: «Von der Stimme zur Wirkung», UNICEF Schweiz, Zürich.

⁷ SODK, 2016: «Empfehlungen der Konferenz der Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik in den Kantonen». Zugriff am 01.09.2020 auf https://ch-sodk.s3.amazonaws.com/media/files/2016.06.21_SODK_Empf_KJP_d_ES_RZ.pdf.

⁸ UNICEF, 2014: «Hidden in Plain Sight: A statistical analysis of violence against children», UNICEF, New York, S. 31.

⁹ Ebd. S. 170.

¹⁰ Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ), 2019: «Das Recht des Kindes auf eine Erziehung ohne Gewalt. Situation in der Schweiz, Handlungsbedarf und Forderungen der EKKJ». Bern, S. 15–16.

¹¹ Schweizerische Gesellschaft für Ernährung (SGE), 2010: «Ernährung und Armut in der Schweiz». Tabula, Zeitschrift für Ernährung, Nr. 1, März 2010; Society of Nutrition and Food Science e.V. und Universität Hohenheim, 2018: Wissenschaftliche Stellungnahme zu «Kinder und Ernährungsarmut». Zugriff am 18.09.2020 auf <http://snfs.org/downloads/snfs-stellungnahme-ernahrun.pdf>; Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS, 2015: «Grundlagenpapier Armut und Armutsgrenze.» Zugriff am 21.09.2020 auf https://skos.ch/fileadmin/user_upload/skos_main/public/pdf/grundlagen_und_positionen/grundlagen_und_studien/2015_Die_Armutsgrenze_der_SKOS-d.pdf.

¹² UNICEF Innocenti, 2020: «Worlds of Influence: Understanding what shapes child well-being in rich countries», Innocenti Report Card 16, UNICEF Office of Research – Innocenti, Florence, S. 12–13, 23–24.

¹³ Bundesamt für Statistik, 2020: «Wirtschaftliche Sozialhilfe». Zugriff am 02.09.2020 auf <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/sozial-sicherheit/sozialhilfe/sozialhilfebeziehende/wirtschaftliche-sozialhilfe.html>.

¹⁴ SKOS, 2020: «Analysepapier. Corona-Epidemie: Aktuelle Lage und zukünftige Herausforderungen für die Sozialhilfe», S. 4–7. Zugriff am 02.09.2020 auf https://skos.ch/fileadmin/user_upload/skos_main/public/pdf/grundlagen_und_positionen/positionen/200518_Analysepapier_Herausforderungen_Sozialhilfe_def_d.pdf.

